Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 52,000 Stück.

Dresden, 1891.

Wallstr. 12 **Bruno Köberling** Wallstr. 12
Hut- und Filzwaarenfabrik
empfiehlt seine Hüte u. Filzwaaren zur geneigten Beachtung.

Bernhard Heerklotz
Zahnkünstler
(sonst Dippoldiswaldaer Platz)
jetzt
Pirnaischer Platz
(Mohren-Apotheke).
Eingang:
Johannesstrassen-Ecke.

Faulbaumrinden-Elixir,
angenehmes, mildes Mittel, bewirkt schmerzlosen Stuhlgang.
Flasche 1 M. Prompter Versandt nach auswärts.
Kgl. Hofapotheke, am Georgenthor.

Tapeten — Versandt Geschäft: Marschall Str. 29. **F. Schade & Co.** Haupt Geschäft: Victoria & Waisenhaus-Str.-Ecke. — Tapeten

Winter-Anzug- u. Hosenstoffe
empfiehlt in reichhaltigster Auswahl und besten Qualitäten zu billigsten Preisen
Wilh. Böhme, Tuchhdlg., Scheffelstr. 6.

Carl Wendschuch Königl. Sächs. Hoflieferant Bandagist, Orthopäd u. Fabrikant chirurgischer Instrumente. Trompeterstr. 8 (früher Nr. 18). Telephon 1001.

Nr. 824. Spiegel: Reichspolitische Debatte im sächsischen Landtag. Vermählungsfeierlichkeiten in Wien, Landtagsverhandlungen, „In französischen Quartieren", Schloßumbau, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Lotterieliste. | **Freitag, 20. November.**

Politisches.

Der vorgestrige Tag verdient in den Jahrbüchern der Geschichte unseres engeren Vaterlandes den rothen Kreidestrich, mit welchem der römische Sänger die Tage der Freude zu zeichnen pflegte. Die Verhandlungen unserer zweiten Kammer bezeichnen einen Wendepunkt, an den sich segensreiche Folgen nicht nur für Sachsen, sondern für die Entwickelung des ganzen Reiches schließen dürften. Mit ganzer Entschiedenheit und glücklichstem Erfolge haben sich die Konservativen von einer rein gouvernementalen Politik losgesagt und jenen befruchtenden Windhauch entfesselt, welcher allein ihrer Sache eine Stetigkeit und Sieg verheißen kann. Wer die Stimmung in unserem Lande unbefangenen Sinnes beurtheilt, wird längst die schweren Gefahren erkannt haben, welche die konservative und auch ein großer Theil der nationalliberalen Partei durch einen Mangel an Ueberzeugungstreue gegenüber der Entwickelung der Zustände im Reich heraufbeschwören mußte; in Dresden, Chemnitz und Leipzig, wie in den kleineren Städten und auf dem Lande erhebt sich Widerspruch gegen eine Politik, die der größte deutsche Bürger nicht besser zu charakterisiren wußte, als indem er von ihr sagte, sie nehme uns den nationalen Schutz und bringe uns die Jesuiten. Es ist, seitdem dieses Wort fiel, Mancherlei vorgegangen, was selbst den Blindesten darüber belehren mußte, daß die in Berlin herrschende Strömung im Gegensatz stehe zum echten Konservatismus und daß stete Zustimmung nicht zu den Merkmalen einer staatserhaltenden Gesinnung gehöre. Immer stärker und immer lauter ertönen die Stimmen echt konservativer Männer von unzweifelhaft monarchischer Gesinnung zur Warnung und immer deutlicher tritt es zu Tage, daß der neue Kurs dem Reiche nicht zum Segen gereiche. Uns aber, den „Dresdner Nachrichten", darf der eingetretene Wechsel im konservativen Lager in doppelter Weise zur Genugthuung gereichen. Wurden wir doch mit unseren Warnungen und Mahnungen, als das Bett der Bismarck'schen Politik verlassen wurde, gerade von den Konservativen verketzert; wir hätten allerdings gewünscht, daß unsere Befürchtungen im Laufe der Ereignisse an Begründung verloren hätten: Jetzt können wir nicht ohne Genugthuung konstatiren, daß die konservativen Redner des vorgestrigen Tages die zahlreichen Bedenken, die unsererseits erhoben wurden, durchweg zu den ihrigen machten. In der stürmischen Begeisterung, mit welcher die hinreißenden Worte des Abgeordneten Mehnert über den Fürsten Bismarck aufgenommen wurden, kam mehr zu Tage, als die Dankbarkeit für seine Verdienste; da klang auch die herzliche Anerkennung dafür durch, daß er noch heute, und gerade heute mehr als je zuvor, der getreue Eckard des deutschen Volkes sei.

Das charakteristische Merkmal des vorgestrigen Tages lag darin, daß nach der klaren und durchsichtigen Begründung des Etats durch den Finanzminister Herrn von Thümmel die Debatte größtentheils den Boden Sachsens verließ und sich auf das weite Feld der Reichspolitik begab. Diese Erscheinung hat ihre naheliegenden Gründe. Hängen doch die Finanzen der einzelnen Staaten in der Hauptsache auch ab von der Entwickelung der Reichsfinanzen. Schon vor Wochen war in unserem Blatte darauf hingewiesen worden, daß der Reichsetat, wenn er nicht den infolge der Handelsverträge zu erwartenden Zollausfall berücksichtige, nur ein Scheinetat sei, berufen, die Stimmung für die Verträge nicht von vornherein zu zerstören. Es war darauf hingedeutet, daß auch das Bild der sächsischen Finanzen nur ein Augenblicksbild sein könne, da es angefertigt sei ohne Rücksicht auf die ungünstige Beeinflussung der Reichsfinanzen. Die hier geäußerten, schweren Besorgnisse wurden nunmehr durch die Abgg. von Oelschlägel, Dr. Mehnert und andere Redner aufgenommen und an die Darlegung derselben der Ausdruck einer pessimistischen, aber leider vollberechtigten Auffassung über die verderblichen Folgen der zu erwartenden Verträge vom finanziellen, wie vom volkswirthschaftlichen Standpunkt aus geknüpft. Bemerkenswerther Weise erstreckten sich die Befürchtungen bis hinein in das nationalliberale Lager, ein Umstand, der die Hoffnung zuläßt, daß die Reichstagsabgeordneten unseres Landes in geschlossener Reihe und mit Ueberzeugungstreue auch in Berlin ihren Standpunkt wahren werden. Es ist wohl zu bemerken, daß die Vertreter der sächsischen Regierung in dieser Frage nicht das Wort ergriffen und man wird unwillkürlich zu der Deutung gedrängt, als wenn dieselbe nicht gerade leichten Herzens, sondern mit sehr gemischten Gefühlen der Entwickelung der Zukunft entgegensehe. Mag auch die Thronrede der Hoffnung Raum geben, daß durch den bevorstehenden Abschluß der Handelsverträge „ein erweiterter Absatz neue Arbeitsgelegenheit schaffen und die längere Vertragsdauer dem Fabrikations- und Handelsgeschäft eine größere Stetigkeit verleihen werde," so ist doch eine „Hoffnung" keine „Gewißheit", so ist ferner die Lage der Landwirthschaft und die Wirkung ihrer sicheren Vernichtung hierbei gar nicht in Betracht gezogen, so ist vor allen Dingen der Umstand nicht berücksichtigt worden, daß dieselben zunächst eine schwere finanzielle Krise herbeiführen müssen, die schon jetzt in der Verheißung neuer Steuern ihr unangenehmes Vorspiel findet.

Es lag nahe, einen Uebergang zu jener überaus wichtigen Frage zu finden, die heute alle Gemüther beschäftigt, zur Judenfrage. Der Abgeordnete Mehnert, der mit entschiedener Begabung die Führung in der Debatte übernahm, hat mit rühmlicher Entschlossenheit Stellung zu derselben genommen, indem er nicht nur die internationale Judenschaft als denjenigen Faktor bezeichnete, der einzig und allein zum Schaden der schaffenden Arbeit den Gewinn einheimsen würde, sondern auch die gewaltige Korruption, die aus dem Gebahren der Börse sich über unser ganzes Volksleben senkt, offen und deutlich auf ihre jüdischen Urheber zurückführte. Er forderte mit Recht die Erhöhung der Börsensteuer und ihm sekundirte mit Geschick der treffliche Uhlemann, der überzeugend auf die Gefahren hinwies, welche der Landwirthschaft infolge des jüdischen Schachers und Treibens droht und das Verbot oder doch die möglichste Einschränkung des Terminhandels forderte. Es ist überaus bezeichnend, daß sich zum Schutze der bedrängten Judenschaft nur Sozialdemokraten erheben, denen abermals der Abgeordnete Mehnert in schlagender Weise nachwies, daß sie hiermit nur den Dank für die materielle und moralische Unterstützung seitens der goldenen Internationale abtrügen. Er wies auf die merkwürdige Erscheinung hin, daß die Sozialdemokratie nie und nirgends gegen die Ritter und Blumenfeld, Hirschfeld und Wolff, Leipziger und Abrahamsohn Front mache, daß die Kommune ehrfurchtsvoll an dem Palaste der Rothschild's ihr Zerstörungswerk ruhen ließ und unter ungeheurem Beifall entgegnete er auf den Zwischenruf: „Maaß", daß dieser Zwischenruf ein neuer Beweis für die Geflissenheit sei, mit der die Sozialdemokratie die Schuld an der Korruption auf christliche Schultern zu wälzen suche. Allerdings muß zugegeben werden, daß dem konservativen Redner der Sieg nicht wesentlich erschwert wurde: Wußten doch die Sozialisten nichts Anderes, als ihre längst abgestandenen, allgemeinen Phrasen vorzutragen, mit denen sie in Volksversammlungen auf einen gewissen Erfolg rechnen dürfen, mit denen sie jedoch in einer Vereinigung politisch geschulter Männer nur ein betrübliches Fiasko erfahren können. Gerade ihren Vorwürfen von dem Egoismus der oberen Klassen verdient die Thatsache gegenüber gestellt zu werden, daß die konservativen Redner einer nach Oben fortschreitenden Einkommensteuer das Wort redeten, durch welche neben einer Entlastung der unteren Klassen, wie sie schon durch die Verminderung der Schlachtsteuer herbeigeführt wird, eine weitere Belastung der besitzenden Klassen eintreten würde. Es verdient volle Anerkennung, daß die konservative Partei hiermit einen neuen Beweis ihrer verständnißvollen Auffassung der sozialen Verpflichtungen erbringt.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn der vorgestrige Tag als ein Wendepunkt bezeichnet wurde. Die Konservativen sind heute in Sachsen die herrschende Partei, ein großer Theil der Nationalliberalen steht ihnen in ähnlicher Gesinnung zur Seite. Aus der Unentschlossenheit und Zaghaftigkeit hat sich die Partei losgelöst und offen und ehrlich energische Stellung genommen. Möge der Anfang nicht auch das Ende sein, möge die Zustimmung, welche den Rednern des vorgestrigen Tages zweifellos aus allen Gauen unseres Heimathslandes zu Theil werden dürfte, ihnen ein Sporn sein, auf dem betretenen Pfade auszuharren: Sie werden alsdann nicht nur ihrer Partei eine neue, aussichtsvolle Zukunft erschließen, sondern sich wohl verdient machen um König und Vaterland. Und ihr Beispiel wird befruchtend wirken im ganzen Deutschen Reich.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 19. November.

Berlin. Reichstag. Eingegangen Gesetzentwurf betr. Aufhebung der Immunität der Abgeordneten bei Vertagungen des Reichstags über 30 Tage. Zum Schriftführer wird an Stelle des aus diesem Amte ausgeschiedenen Freiherrn v. Buol (Centr.) Abg. Krebs (Centr.) gewählt. Dann wird in die 2. Berathung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz eingetreten. § 1) Die Vorlage dehnt den Versicherungszwang auf die im Handelsgewerbe und im Geschäftsbetriebe der Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher beschäftigten Personen aus, soweit ihr Arbeitsverdienst 6⅔ Mk. pro Tag nicht übersteigt. Die Kommission (Referent Abg. Merbach) beantragt Erstreckung der Versicherungspflicht auch auf die Betriebe der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten. Ein Antrag des Abgeordneten v. Strombeck will die Versicherungspflicht ferner erstrecken auf die Betriebe der Post-, Telegraphen- und Eisenbahn-, sowie der Marine- und Heeresverwaltungen, auf den gewerbsmäßigen Fuhrwerks-, Binnenschifffahrts-, Flößerei-, Prahm- und Fährbetrieb, die Betriebe des Schiffziehens und der Baggerei, Speditions-, Speicher- und Kellereibetriebe und die Gewerbebetriebe der Güterpacker, Güterlader, Schaffer, Bracker, Wäger, Messer, Schauer und Stauer. Die Sozialdemokraten beantragten die Versicherungspflicht auf alle Personen auszudehnen, welche gegen Gehalt und Lohn beschäftigt sind. Betriebsbeamte, Handlungsgehilfen und Schreiber sollen dem Versicherungszwange nur unterliegen, wenn ihr Verdienst 6⅔ Mk. für den Arbeitstag nicht übersteigt. — Goldschmidt (freis.) bekämpft die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf die Handlungsgehilfen, deren Nothlage weniger durch Krankheit, als durch Stellenlosigkeit verursacht werde. Auch leisteten die freien Hilfskassen für die Handlungsgehilfen alles, was man in dieser Richtung verlangen könne. — Staatssekretär des Innern v. Bötticher konstatirt, daß die Anregung zur Ausdehnung des Versicherungszwanges auf Handlungsgehilfen gerade aus den Kreisen der Handlungsgehilfen hervorgegangen sei. Uebrigens werde es ihm nicht verwehrt sein, den freien Kassen beizutreten, sofern die letzteren den gesetzlichen Anforderungen genügen. — v. Strombeck (Centr.) befürwortet die von ihm beantragte Erweiterung des Versicherungszwanges auf Reichs- und Staatsbetriebe, Transport- und Speditions-Gewerbe. — Bruhns (Soc.) begründet den Antrag seiner Partei. Entbehrlich wäre vielleicht die nach dem Antrage Strombeck's anzuführende ausnahmslose Versicherung der Seeleute. Solange sich diese an Bord befänden, müßte für ihre Verpflegung gesorgt werden. Im Uebrigen bedürften gerade das Gesinde, sowie die in der Hausindustrie thätigen Arbeiter der Unterstützung in Krankheitsfällen. — Eberty (freis.) räth dringend von einer Aenderung der bestehenden Krankengesetzgebung ab, da kein Bedürfniß dazu vorliege. — Möller (nationall.) befürwortet den Versicherungszwang der Handlungsgehilfen. Der sozialdemokratische Antrag sei ein Zukunftsbild, dessen Ausführung zur Zeit nicht möglich sei. — Dr. Hirsch (freis.): Die Vorlage werde lediglich die freien Kassen schädigen. Außerdem sei sie viel zu schablonenhaft. Unverständlich sei die von den Sozialdemokraten beliebte Unterscheidung von Personen, die mehr, und solchen, die weniger als 6⅔ Mk. Arbeitsverdienst pro Tag haben. Diese Unterscheidung sei ganz willkürlich in einer Zeit, in der selbst Millionäre unterstützungsbedürftig werden könnten. Für die Schreiber der Anwälte sei kein Bedürfniß für die Vorlage vorhanden. Diese erhielten jetzt in Krankheitsfällen ihr Gehalt weiter. — Spahn (Centr.): Das Bedürfniß der Zwangsversicherung für die kaufmännischen Kreise werde von seinen Freunden unbedingt anerkannt. — Dr. Giese (kons.) vertheidigt die Festhaltung einer Einkommengrenze, am besten 2000 Mk. Baareinkommen, über welches hinaus der Versicherungszwang nicht zu erstrecken sei. — Schrader (freis.) wünscht, daß die Handlungsgehilfen von dem gesetzlichen Versicherungszwang freigelassen werden. Wo nöthig, könnte ja der Zwang durch Ortsstatut verfügt werden. — Singer (soz.): Für den Schutz der freien Hilfskassen träten seine Freunde auch ein. Dies könne sie aber nicht abhalten, für den Versicherungszwang im Prinzip zu stimmen. Wenn man Schulzwang und Militärzwang zulasse, so sollte man auch den ebenso wichtigen Versicherungszwang für die wirthschaftlichen Schwächeren zulassen. In Berlin habe man noch nicht einmal den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht durchzusetzen vermocht. Das beweise, was man zu erwarten hätte, wenn der Versicherungszwang nur im Wege der Ortsstatuts eingeführt würde. Auf die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter hätte seine Partei leider bei diesem Reichstag verzichten müssen, da dieses Verlangen aussichtslos sein würde. — Dr. Hartmann (kons.) hat sich um die Erörterung der Frage in öffentlichen Versammlungen, Zuschriften, Eingaben u. s. w. gekümmert und kann bezeugen, daß die Mehrheit der Handlungsgehilfen den Versicherungszwang wünscht. Der größte Uebelstand im kaufmännischen Leben rühre daher, daß den jungen Leuten bei Erkrankung jede Unterstützung fehlt. — Dr. Meyer (freis.): Durch Zwangsmaßregeln wird man die Menschheit und die Zustände nicht bessern; die Menschen müssen besser werden. Die Vorlage werde nur die Indolenz fördern. In der großen Menge der Handlungsgehilfen lebt froher Sinn, Opfermuth und Gemeinsinn. § 1 wird unter Ablehnung sämmtlicher Abänderungsanträge unverändert nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Wie der stellvertretende kaiserliche Gouverneur aus Kamerun mit einem soeben eingetroffenen Telegramm unter dem 16. d. M. meldet, ist Hauptmann v. Gravenreuth auf dem feindlichen Vormarsch nach dem Süden vor Buea angegriffen, nach 3stündiger Belagerung bei Einnahme der Stadt heldenmüthig gefallen. Von der ganzen Expedition sind außerdem nur 3 Schwarze todt. Nach einem dem kaiserlichen Gouverneur, Freiherrn v. Soden, aus Bukoba unter dem 1. August von Leutnant Langheld erstatteten Bericht, traf am 16. Juli ein Mann aus Karagwe in Bukoba ein, welcher meldete, Emin Pascha sei bis nach Ujongoro im Norden des Albert-Edward-Sees vorgedrungen, habe sich dort mit seinen früheren Leuten aus der Aequatorialprovinz geeinigt und siegreiche Gefechte bestanden. Er sowohl wie Dr. Stuhlmann befänden sich wohl. Darüber, ob und in wie weit der Meldung dieses Mannes Glauben zu schenken ist, spricht sich Leutnant Langheld nicht aus. Die letzten brieflichen Nachrichten von Emin Pascha sind nicht an die Küste gelangt. Der „Reichsanz." veröffentlicht ferner einen Bericht des Leutnants Langheld aus Bukoba vom 22. August, worin die Wahl Bukobas zur Hauptstation am Victoria Nyanza-See begründet wird. Von neueren Elfenbeinschätzen Emin Pascha's ist Langheld nichts bekannt. Der angekündigte Brief des Dr. Peters über die Aussagen des britischen Kapitäns Bateman ist im Deutschen Wochenblatt erschienen. Dieser Brief enthält aber nichts über den vom Deutschen Wochenblatt behaupteten und von den Hamburger Nachrichten bestrittenen Punkt, daß der Staatsminister Graf Bismarck Lord Salisbury ersucht habe, Dr. Peters abzufangen.

Berlin. In dem Gespräch mit den Vorstandsmitgliedern der Generalsynode soll der Kaiser am Montag, wie der „Graudenzer Gesellige" hört, u. A. folgende Aeußerungen gethan haben: „Im nächsten Jahre wird die Schloßkirche in Wittenberg eingeweiht werden, da wollen wir ein schönes Fest feiern. Meine Herren! Die Reformations-Kirche ist an der Brust von Fürsten groß geworden. Wenn die Kirche wieder der Fürsten bedürfen wird, werden die Fürsten nicht fehlen." — Die konservative Fraktion des Reichstages beschloß die Einbringung eines Antrages auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, welcher den Geschäftsverkehr an der Börse der staatlichen Aufsicht unterstellt und außerdem Bestimmungen straf- und civilrechtlichen Charakters enthält, welche das Börsenspiel hintanzuhalten und die Auswüchse derselben im Differenz- und Zeitgeschäft zu beschränken geeignet sind. — Die preußische Generalsynode überwies einen Antrag auf Bildung einer evangelischen Reichssynode an eine Fünfzehner-Kommission. — Die erste Kammer der Provinz Brandenburg beräth am 28. d. M. über bessere Regelung des Prostitutionswesens vom sanitären Standpunkte aus.

Berlin. Im Vestibül des Lessingtheaters kam es gestern zu einer Schlägerei zwischen dem Redakteur Mauzner und dem Schriftsteller Maximilian Harden. Beide wurden polizeilich sistirt.

Berlin. Aus Massauah trifft die Meldung ein, das Militärgericht erklärte Cagnassi Livraghi für unschuldig und ordnete dessen Haftentlassung an, verurtheilte dagegen sechs Eingeborene, darunter Kassa, zu längeren Freiheitsstrafen.

Königsberg. Für die gestern in Brandenburg-Gerdauen erfolgte Reichstagswahl ist die Wahl des bisherigen Vertreters, Oberpräsidenten Graf zu Stolberg, mit geringer Mehrheit gesichert.

Ratibor. Der oberschlesische „Anzeiger" meldet, daß größere Truppendislokationen, bestehend in Verstärkung der Garnisonen des oberschlesischen Industriebezirkes, bevorstehen.

München. Der Prinzregent ernannte den Fürsten Carl Fugger zum ersten Präsidenten der Reichsrathskammer.

Wien. Wie bereits erwähnt, sind vorgestern Abend 8 Uhr Ihre Majestäten der König und die Königin und Ihre Königl. Hoheiten Prinzen Georg, Friedrich August, Johann Georg, Max, Albert und Prinzeß Mathilde in Wien auf dem Nordwestbahnhof eingetroffen und vom Kaiser und sämmtlichen in Wien anwesenden Erzherzögen daselbst empfangen worden. Zu dem Empfange waren der Stadtkommandant, der Statthalter, die Bürgermeister von Wien, der Polizeipräsident, sowie die Ehrenkavaliere und die Spitzen der Militär- und Civilbehörden auf dem Bahnhofe anwesend. In der prächtig geschmückten Ankunftshalle war eine Ehrenkompagnie mit Musik aufgestellt, auch der Schützenverein hatte mit seiner Kapelle daselbst Aufstellung genommen. Kurz vor 8 Uhr betrat der Kaiser Franz Josef, umgeben von den Erzherzögen, den Perron und wurde von der Kapelle der Ehrenkompagnie mit der Volkshymne begrüßt. Als der Hofzug in den Bahnhof einfuhr, intonirte die Musik der Ehrenkompagnie die deutsche Nationalhymne. König Albert verließ zuerst den Zug und wurde vom Kaiser durch Umarmung und Kuß auf's Herzlichste begrüßt. Hierauf begrüßte der Kaiser die Königin Carola und küßte derselben die Hand, der Prinzessin Mathilde und den sächsischen Prinzen reichte der Kaiser unter Worten herzlicher Begrüßung die Hand. Nach der im kaiserlichen Salon stattgehabten Vorstellung geleitete der Kaiser die Königin zu dem Wagen. Die Abfahrt vom Bahnhof erfolgte unter Fanfarenklängen und dem Abspielen des „König segne Gott". Kaiser Franz Josef fuhr mit König Albert, Königin Carola mit Prinzeß Mathilde, Prinz Georg mit Prinz Friedrich August, Prinz Johann mit Prinz Max und Prinz Albert mit dem Generaladjutanten Grafen Paar. Die in den festlich beleuchteten Straßen zahlreichst versammelte Menschenmenge begrüßte die Majestäten mit stürmischen Zurufen. In der Hofburg begrüßte die Erzherzogin Maria Theresia die sächsischen Herrschaften im Namen der Kaiserin. Darauf folgte die Begrüßung durch die Erzherzoginnen. Auch Graf Kalnoky war in der Hofburg anwesend. Später fand Familiensouper statt.

Wien. In der Hofburg fand heute Mittag die feierliche Renunciation Ihrer Kaiserl. und Königl. Hoheit Erzherzogin Luise von Oesterreich statt. Nach dem üblichen Ceremoniell erschienen präcise zu Mittag in der geheimen Rathsstube der Burg Se. Majestät der Kaiser Franz Josef, das erlauchte Brautpaar, Se. Königl.

Pfund's sterilisirte (keimfreie) **Kindermilch.** Trockenfütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.